



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
zu Drucksache 19/145

Emissionsenkung im Straßenverkehr

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erwartet, dass die Automobilhersteller die vom so genannten „Diesel-Skandal“ betroffenen Verbraucherinnen und Verbraucher auch im eigenen Interesse unbürokratisch entschädigen und deren Fahrzeuge vollumfänglich nachbessern.

Der Landtag spricht sich dafür aus, pauschale Fahrverbote zu verhindern. Für die wenigen Stellen an Verkehrsschwerpunkten in Schleswig-Holstein, an denen durch Verkehrsspitzen hervorgebrachte hohe Werte auftreten, sind in Kooperation mit den betroffenen Kommunen und dem Bund Lösungsstrategien zu erarbeiten und umzusetzen.

Darüber hinaus steht der Landtag neuen Mobilitätskonzepten und der Elektromobilität sehr aufgeschlossen gegenüber. Gerade im Land der Energiewende bieten die Sektorenkopplung und die damit verbundene Nutzung regenerativer Energien auch im Verkehr z.B. in Form von Wasserstoff gute Chancen für eine emissionsfreie Mobilität. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass in Schleswig-Holstein aus Bundes- und EU-Mitteln finanzierte Modellregionen für Elektromobilität und andere alternative Antriebe entstehen, bei denen auch zum Beispiel bestehende Biogasanlagen integriert werden können. Auch dadurch kann eine nachhaltige Entwicklung zu Gunsten des ländlichen Raumes gelingen.

Die Stärkung des Umweltverbundes aus Zug, Bus und Rad trägt weiter dazu bei, verkehrsbedingte Emissionen von Lärm und Schadstoffen zu reduzieren.

Lukas Kilian, MdL

für die Fraktion der CDU

Dr. Andreas Tietze, MdL

für die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Christopher Vogt, MdL

für die Fraktion der FDP